

Wer hat an dem Windrad gedreht?

Landesbetrieb Wald und Holz weist Kritik an Vermarktungsstrategie für Windkraftanlagen zurück

Von Joachim Karpa

Lennestadt/Medebach. Treffer: Stefan Hundt, Christdemokrat und Bürgermeister von Lennestadt, hat in der Sitzung des Regionalrates Arnsberg am Donnerstag in Soest (wir berichteten) heftige Kritik am Vorgehen des Landesbetriebes Wald und Holz bei der Vermarktungsstrategie für Windkraftanlagen geübt.

Sinngemäß: Der Landesbetrieb betreibe hinter dem Rücken der Kommune Akquise für Standorte im Staatswald, die weder in kommunalen Plänen, noch im Entwurf des Windenergiekonzeptes Südwestfalen auftauchten. „Ein Unding“, so Hundt.

Reaktion:

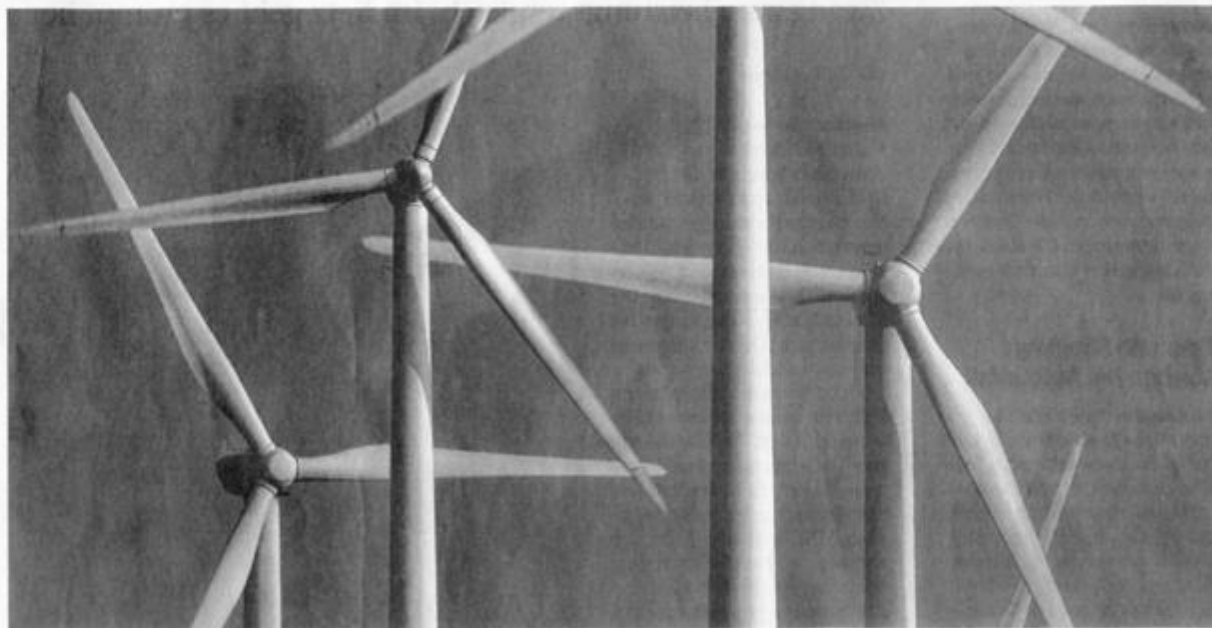
Der Landesbetrieb Wald und Holz, Sitz in Münster, schildert dies anders. Die Gesprächsbereitschaft in Lennestadt und Kirchhundem sei nicht mehr vorhanden. „Wir haben den Dialog gesucht“, sagt Pressesprecher Stefan Befeld. Es sei bedauerlich, dass sich die beiden Kommunen weiteren Gesprächen verschließen würden. „Wir müssen wieder an einen Punkt kommen, an dem wir fachlich miteinander diskutieren.“ Der Landesbetrieb versuche für den Staatswald mit interessierten Investoren sogenannte Standortsicherungsverträge abzuschließen. „Das ist der allererste Schritt“, so der Pressesprecher. „Denn ohne Interessenten gibt es gar keine Planung.“

Kein Alleingang geplant

Natürlich seien die Kommunen mit im Boot. Bei ihnen liege schließlich die Planungshoheit: „Im Alleingang können wir keine Windkraftanlagen bauen“, unterstreicht er und betont einmal mehr das Bemühen des Landesbetriebes, die Diskussion

„Wenn es keine Übereinstimmung gibt, ist Schluss mit der Offenheit.“

Thomas Grosche (CDU), Bürgermeister von Medebach



Alles dreht und bewegt sich: Der geplante Bau von Windkraftanlagen sorgt in vielen Kommunen in Südwestfalen für Diskussionsstoff. Gegenwärtig stammen vier Prozent der in NRW erzeugten Energie aus Windkraftanlagen. Der Plan ist es, den Anteil in fünf Jahren auf 15 Prozent zu erhöhen.

FOTO: JENS BÜTTNER/DPA

über Standorte für Windkraftanlagen offen zu führen.

Am Anfang ja. Das bestätigt auch Thomas Grosche (CDU), Bürgermeister von Medebach: „Wir waren, Verwaltung und Rat, von Beginn an eingebunden. Der Landesbetrieb Wald und Holz war vom ersten Moment an offen und kommunikativ“

Warum war?

„Ja, war“, sagt der 43-Jährige. „Unsere Erfahrung ist: Wenn es keine Übereinstimmung gibt, ist Schluss mit der Offenheit.“ Nachdem der Standort auf dem Hillekopf - hier gibt es einen Standortsicherungsvertrag mit einem Investor - in der Bevölkerung zunehmend kri-

tisch gesehen werde, „gibt es mehr ein Gegeneinander als ein Miteinander.“ Es sei der Eindruck entstanden, der Landesbetrieb Wald und Holz wolle das Vorhaben auf jeden Fall durchziehen. „Das sehen viele sehr kritisch.“ Für ihn sei letztlich „die Bürgermeinung entscheidend“. Ihr fühle er sich als Bürger-

meister verpflichtet. Sein Wunsch ist es, ein aufwändiges Verfahren für den Standort zu vermeiden. „Bei uns ist substantiell kein Raum für Windräder. Über 95 Prozent der Fläche der Stadt liegt im Naturschutz- oder FFH-Gebiet“, so Grosche weiter.

Keine konkreten Pläne

Im Düsseldorfer Umweltministerium wird der Streit einzelner Kommunen mit dem Landesbetrieb Wald und Holz aufmerksam verfolgt. „Wer behauptet, es gibt keine Gespräche zwischen Landesbetrieb und Kommunen“, sagt Pressesprecher Frank Seidlitz, „der führt die Leute in die Irre.“ Man stehe im ständigen Dialog, und er versichert: „Es gibt keine konkreten Umsetzungspläne.“

Dass es offenbar an Transparenz hapert, bestätigt die Erklärung der Naturschutzverbände und der Windenergie-Branche (siehe unten) Sie fordern sie ein. Im Papier heißt es: „So können Konflikte im besten Fall vermieden, zumindest aber konstruktiv bearbeitet und entschieden werden.“ Treffer.

„Planungsprozesse transparent gestalten“

Gemeinsame Erklärung von Naturschutzverbänden und Windenergie-Branche

Von Joachim Karpa

Düsseldorf. Die Naturschutzverbände und die Windenergie-Branche machen sich für einen zügigen und umweltfreundlichen Ausbau der Windenergie im Land stark.

In einer gemeinsamen Erklärung haben der Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland NRW (BUND), der Naturschutzbund NRW (NABU), die Schutzgemeinschaft Deutscher Wald NRW (SDW) und der Landesverband

NRW des Bundesverbandes Windenergie (BWE NRW) eine konsequente Energiewende in NRW gefordert. Dabei müsse die Windenergie eine tragende Rolle spielen.

Um ihren naturverträglichen Ausbau voranzutreiben, müssen nach Ansicht der Verbände Anwohner sowie sämtliche weitere Akteure frühzeitig in die Planungen eingebunden werden. „Die Energiewende kann nur gelingen, wenn die Bürgerinnen und Bürger sowie die anerkannten Naturschutzverbände

von Anfang an beteiligt werden“, sagt Holger Sticht, BUND-Landesvorsitzender.

Die Unterzeichner werben in ihrer Erklärung ausdrücklich für einen „frühzeitigen, intensiven und ergebnisoffenen Austausch“ aller Akteure, von Anwohnern über involvierte Behörden bis zu Investoren, um „Planungsprozesse transparent zu gestalten“. Das Schreiben haben Vertreter der Organisationen gestern Umweltminister Johannes Remmel (Grüne) überreicht.